

# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 30/2015 No. 05-08



**abgeschlossen am  
19. August 2015**

	<u>Seite</u>
<b>1. Debatte im Kongress über Atomabkommen mit dem Iran hat begonnen</b>	<b>1</b>
<b>2. Kongress erneuert <i>Trade Promotion Authority</i> (TPA) zur beschleunigten Abstimmung über Handelsabkommen</b>	<b>4</b>
<b>3. Kongress beschließt Reform der Sammlung von Telefonverbindungsdaten in den USA durch die <i>National Security Agency</i> (NSA)</b>	<b>6</b>
<b>4. Bundes-Fernstraßen-Gesetz erneut mittels Überbrückungslösung verlängert</b>	<b>9</b>
<b>5. Eskalation im Streit um <i>Export-Import</i> Bank</b>	<b>10</b>
<b>6. Widerstand gegen Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers <i>Guantanamo</i> (GTMO) im Kongress nach wie vor groß</b>	<b>10</b>
<b>7. Senat bekräftigt Folterverbot gemäß <i>Army Field Manual</i></b>	<b>14</b>
<b>8. Republikaner fordern Mittelstreichung für <i>Planned Parenthood</i></b>	<b>16</b>
<b>9. Rechter Flügel der republikanischen Fraktion attackiert erneut <i>Speaker</i> Boehner</b>	<b>18</b>

## 1. Debatte im Kongress über Atomabkommen mit dem Iran hat begonnen

Nachdem sich am 14. Juli 2015 die USA, die VR China, Frankreich, Großbritannien, Russland und Deutschland („P5+1“) mit dem Iran auf ein Atomabkommen, den so genannten Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) geeinigt haben, hat im Kongress in beiden Kammern die Debatte über die Zustimmung zum Atomdeal mit der Regierung in Teheran begonnen. Der Kongress hat 60 Tage, also bis zum 17. September 2015 Zeit, um eine Entscheidung zu treffen. Der Zeitraum von 60 Tagen wurde gewählt, um dem Kongress, der sich bis Anfang September in der Sommerpause befindet, genügend Gelegenheit zur Deliberation zu geben.

Die prozeduralen Bedingungen für die Beteiligung des Kongresses an der Entscheidung über den JCPOA sind im Iran Nuclear Review Act of 2015 niedergelegt, auf den sich Senat und Repräsentantenhaus am 5. Mai 2015 geeinigt hatten (vgl. auch Congress Report, 2015, Heft 1-4, S. 1-6). Das Gesetz wurde am 22. Mai 2015 durch Präsident Barack Obama unterzeichnet (Public Law 114-17). Es unterstreicht die „rulemaking power“ und die „treaty power“ des Kongresses, dem qua Verfassung ein Recht auf Mitsprache bei Auswärtigen Verträgen zugeschrieben ist.

Im Einzelnen sieht der „Iran Nuclear Review Act“ u.a. vor, dass:

- der Präsident dem Kongress innerhalb von fünf Kalendertagen nach Unterzeichnung eines Atomabkommens mit dem Iran alle relevanten Vertragsunterlagen einschließlich der Anhänge und eines Berichts zur Verifikation der getroffenen Vereinbarung zur Verfügung stellen muss. Die Unterlagen sind im Senat den Ausschüssen für Finance, Banking, Housing, and Urban Affairs sowie Intelligence und Foreign Relations und im Repräsentantenhaus den Ausschüssen Ways and Means, Financial Services, Intelligence sowie Foreign Affairs zu übermitteln;
- die Beratungszeit des Kongresses 30, respektive 60 Tage beträgt, je nachdem, ob das Abkommen dem Kongress bis zum 10. Juli oder nach dem 7. September 2015 zugeleitet worden ist;
- der Präsident während der Beratungen im Kongress nicht berechtigt ist die Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran aufzuheben;
- der Kongress eine ablehnende Joint Resolution verabschieden kann, in der er festhält, „that Congress does not favor the agreement“;
- der Präsident eine ablehnende Resolution („disapproval resolution“) mit seinem Veto belegen kann, welches von Senat und Repräsentantenhaus wiederum nur mit Zweidrittel-Mehrheit überstimmt werden könnte (wie es in Artikel I, Abschnitt 7 der amerikanischen Verfassung niedergelegt ist);

- alternativ im Falle einer zustimmenden Resolution („joint resolution of approval“) durch beide Kammern des Kongresses die bestehenden Sanktionen gegenüber dem Iran vom Präsidenten sofort aufgehoben werden können. Gleiches würde gelten, wenn der Kongress innerhalb der 60-Tage-Frist kein Votum zum Atomabkommen mit dem Iran abgeben würde.

Damit obliegt dem Kongress die Verantwortung für die bedeutendste Außenpolitikdebatte in den USA seit 2002, als eine Entscheidung über die Autorisierung des Krieges gegen den Irak getroffen werden musste (vgl. Congress Report 17, 2002, Heft 10, S. 1 ff.).

Das Atomabkommen mit dem Iran soll eine Laufzeit von 15 Jahren haben und das „Breakout Potential“ des Iran für den Bau einer Atombombe von derzeit wenigen Monaten auf mindestens ein Jahr verlängern. Der mit Anhängen insgesamt 159 Seiten umfassende Text des Joint Comprehensive Plan of Action kann nachgelesen werden unter [https://www.washingtonpost.com/world/historic-nuclear-deal-with-iran-expected-to-be-announced/2015/07/14/5f8dddb2-29ea-11e5-a5ea-cf74396e59ec\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/world/historic-nuclear-deal-with-iran-expected-to-be-announced/2015/07/14/5f8dddb2-29ea-11e5-a5ea-cf74396e59ec_story.html).

Das Weißer Haus hat in diesem Zusammenhang umfangreiche Informationsmaterialien zusammengestellt, die eingesehen werden können unter [https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/jcpoa\\_what\\_you\\_need\\_to\\_know.pdf](https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/jcpoa_what_you_need_to_know.pdf).

Das Abkommen, so das Weiße Haus,

- „cuts off all of Iran’s pathways to a nuclear weapon including a covert pathway,
- puts in place vigorous, intrusive, and unprecedented transparency measures that are necessary to verify that Iran cannot pursue a weapon,
- ensures sanctions can be snapped back into place if Iran violates the deal“.

Im Detail sieht der JCPOA unter anderem vor, dass der Iran

- die Zahl seiner Zentrifugen des Typs IR-1 zur Urananreicherung in Natanz auf 5.060 begrenzt;
- die Urananreicherung auf 300 Kilogramm 3,67 prozentiges Uran-235 zurückführt;
- die Anreicherungsanlage in Fordo in ein Technologiezentrum umwandelt, nicht mehr als 1.044 Zentrifugen des Typs IR-1 dort bereithält und auf jede Forschung und Entwicklung zur Urananreicherung in der Anlage verzichtet;
- den Schwerwasserreaktor in Arak schließt und funktionsunfähig macht;

- sich einem verschärften Verifikationsregime durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA in Wien unterwirft, das auch den Zugang zu „undeclared sites“ vorsieht.

Der Obama-Administration zu Folge muss der Iran im Rahmen des Abkommens auf „98 Prozent“ seines derzeit angereicherten Urans verzichten. Freilich werden im Gegenzug auch die umfangreichen Wirtschaftssanktionen gegenüber der Regierung in Teheran fallen und der Iran beispielsweise auf 56 Mrd. USD an Finanzmitteln zugreifen können, die derzeit eingefroren sind. Die Alternative zu dem getroffenen Abkommen besteht aus Sicht der Administration nur in „einem weiteren Krieg im Nahen Osten“. „If Congress kills this deal“, so Präsident Obama weiter, „we will lose more than just constraints on Iran’s nuclear program, or the sanctions we have painstakingly built. We will have lost something more precious: America’s credibility as a leader of diplomacy; America’s credibility as the anchor of the international system“.

Im Kongress sehen das vor allem die beiden republikanischen Mehrheitsfraktionen anders. Sie sprechen wie der *Speaker* des Repräsentantenhauses John Boehner (R-Ohio) von einem „bad deal“ und haben angekündigt, dass sie alles tun werden, um das Abkommen zu Fall zu bringen. In eine ähnliche Richtung äußerte sich auch Mac Thornberry (R-Texas), der Vorsitzende des *House Armed Services Committee*. „The Administration’s deadlines and redlines“, so Thornberry, „are all moving in the wrong direction, and the backpedaling is a major threat to our security. Achieving a nuclear deal at all costs is not only short-sighted, it is dangerous. It is clear that Iran is engaged in a full-scale campaign to sow instability and harm U.S. interests.“

Auch in den Reihen der demokratischen Fraktionen gibt es eine Gruppe von Kritikern des Atomabkommens mit dem Iran. Zu ihnen zählt Senator Charles E. („Chuck“) Schumer (D-New York), die Nummer drei in der demokratischen Fraktionshierarchie im Senat. Schumer hat Anfang August 2015 angekündigt, dass er gegen das Abkommen stimmen wird. Der einflussreiche Senator begründet seine Ablehnung wie folgt: „It is because I believe Iran will not change, and under this agreement it will be able to achieve its dual goals of eliminating sanctions while ultimately retaining its nuclear and non-nuclear power. Better to keep sanctions in place, strengthen them, enforce secondary sanctions on other nations, and pursue the hard-trodden path of diplomacy once more, difficult as it may be.“ Neben Schumer hat auch Senator Robert Menendez (D-New Jersey) Bedenken angemeldet, da das Abkommen die nuklearen Ambitionen des Iran nicht wirklich einhegen werde. Im Repräsentantenhaus haben in den Reihen der demokratischen Minderheitsfraktion Eliot L. Engel (New York), Steve Israel (New York) und Ted Deutch (Florida) angekündigt, dass sie gegen das Atomabkommen stimmen werden. Dagegen erklärte Adam B. Schiff (D-California), er werde für den Vertrag stimmen, genauso wie Sander M. Levin (D-Michigan) und Richard J. Durbin (D-Illinois) im Senat.

Die Einstellungsmuster der breiten amerikanischen Öffentlichkeit waren Ende Juli 2015 einer Umfrage des *Pew Research Center* zu Folge mehrheitlich gegen das Atom-

abkommen mit dem Iran. Von 79 Prozent der Befragten, die von dem Vertrag gehört hatten, sprachen sich 38 Prozent dafür und 48 Prozent dagegen aus. 73 Prozent derjenigen, die etwas von dem Abkommen gehört hatten, hatten kein oder nicht zu viel Vertrauen darin, dass die Führung des Iran sich an den Buchstaben der getroffenen Vereinbarung halten werde.

Gegen das Atomabkommen mit dem Iran macht vor allem das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) mobil, das dem Vernehmen nach in den kommenden Wochen 25 Mio. USD in seine Öffentlichkeitskampagne stecken möchte. Für AIPAC ist die Vereinbarung ein „bad deal“, den der Kongress zurückweisen sollte. Dagegen hat sich die United States Conference of Catholic Bishops positiv zu der am 14. Juli 2015 getroffenen Vereinbarung mit dem Iran geäußert. Der Kongress wird aufgefordert, „to endorse the result of these intense negotiations because the alternative leads toward armed conflict, an outcome of profound concern to the Church.“

## **2. Kongress erneuert *Trade Promotion Authority* (TPA) zur beschleunigten Abstimmung über Handelsabkommen**

Nach einem teilweise erbitterten Tauziehen haben das Repräsentantenhaus und der Senat, in denen die Republikaner derzeit über die Mehrheit verfügen, die „Trade Promotion Authority“ (TPA, auch „Fast Track“-Mandat genannt), im Juni 2015 für zukünftige Handelsabkommen der USA erneuert. Präsident Obama hat das Gesetz am 29. Juni 2015 unterzeichnet (*Public Law* 114-26).

Obama hatte die Erneuerung der TPA im Juli 2013 vom Kongress gefordert und deren Bedeutung für die weitere Außenhandelspolitik der USA am 20. Januar 2015 in seiner *State of the Union* noch einmal unterstrichen.

Die Entscheidung zu Gunsten der TPA, die 2007 ausgelaufen war, fiel im Senat am 22. Mai 2015 mit 62:37 Stimmen im Rahmen des „Defending Public Safety Employees Retirement Act“ (*House Resolution* 2146, Abschnitte 102-109). Das Repräsentantenhaus hatte sich am 18. Juni 2015 mit 219:211 Stimmen für die Erneuerung des „Fast Track-Mandats“ ausgesprochen. Differenzen zwischen beiden Kammern konnten am 24. Juni 2015 ausgeräumt werden, so dass der Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten fünf Tage später nichts mehr im Wege stand.

### *Die Trade Promotion Authority*

- „(a)authorizes the President to enter into trade agreements with foreign countries for the reduction or elimination of tariff or nontariff barriers before July 1, 2018, or before July 1, 2021, if trade authorities procedures are extended to implementing bills (congressional approval) with respect to such agreements“, wie es in Abschnitt 103 des Gesetzes heißt.



Gemeint ist eine Art Schnellverfahren („fast track“) zur Verabschiedung und Implementierung von internationalen Handelsabkommen durch den Kongress. „Fast track“ soll es dem Präsidenten leichter machen, Verhandlungen in diesem Sachbereich zu führen, da die Verhandlungspartner damit rechnen können, dass die getroffenen Vereinbarungen vom Kongress unter der TPA zeitnah und ohne weitere Zusätze („Amendments“) zur Abstimmung gebracht werden.

In den USA liegt das Recht „den Handel mit fremden Ländern zu regeln“ gemäß Artikel 1, Abschnitt 8, der Verfassung von 1787 beim Kongress. Der Präsident kann nach Artikel II der „U.S. Constitution“ zwar Handelsverträge schließen, ist aber auf die Zustimmung des Kongresses angewiesen. Aus pragmatischen Gründen und, um eine wechselseitige Blockade zwischen Exekutive und Legislative in der Handelspolitik zu verhindern, hat man sich im Rahmen des Trade Act 1974 (Public Law 93-618) dazu entschlossen, mit der TPA ein beschleunigtes Verfahren der Zustimmung/Ablehnung durch den Kongress (TPA) zu etablieren, das die Erwartungsstabilität für Handelsabkommen mit den USA erhöht.

Die TPA sieht u.a. vor:

- so genannte „mock markups“ durch das *House Ways and Means Committee* und das *Senate Finance Committee* bevor das tatsächliche Abstimmungsverfahren über ein neues Handelsabkommen im Wege des *Fast Track* begonnen wird;
- eine maximal 45 Tage dauernde Beratungszeit durch die zuständigen Ausschüsse (die allerdings faktisch auf bis zu 90 „in session days“, also mehrere Monate, verteilt werden kann);
- die Begrenzung der Debatte im Plenum der beiden Kammern auf maximal 20 Stunden, wobei keine Amendments zugelassen sind;
- die Verabschiedung der Vorlage im Wege einer einfachen Mehrheit, wobei das Repräsentantenhaus in der Regel vor dem Senat entscheidet.

Der Kongress hatte im Rahmen des „Trade Act“ des Jahres 1974 darauf bestanden, dass die TPA in periodischen Abständen formal erneuert wird. Dies hat beispielsweise im Jahr 2002 zu erbitterten Kontroversen im Kongress geführt (vgl. Congress Report, 17, 2002, Heft 6-7, S. 3f.). Diese gingen vor allem von den Demokraten aus, in deren Reihen protektionistische Einstellungsmuster traditionell weit verbreitet sind.

Das war auch im Vorfeld der TPA-Entscheidung des 114. Kongresses im Frühsommer 2015 nicht anders, als Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktionen in beiden Kammern gegen ihren Präsidenten Obama stimmten und die Erneuerung des *Fast Track*-Mandats zunächst blockierten.

Im Senat geschah dies am 12. Mai 2015, als 42 Demokraten und zwei unabhängige

Senatoren unter Führung von Elisabeth Warren (D-Massachusetts) gegen eine *Cloture Motion* stimmten, für die nach der Geschäftsordnung des Senat 60 Stimmen erforderlich sind. 51 Republikaner hatten sich hingegen mit dem demokratischen Senator Thomas R. Carper (Delaware) für die Beendigung der Blockade durch *Filibuster* ausgesprochen. Die Kritikerinnen und Kritiker in den Reihen der Demokraten im Senat führten für ihren Widerstand die Gefahr unfairer Handelspraktiken und Billigexporte an, die im Rahmen von zukünftigen Handelsabkommen dazu führen würden, dass Arbeitsplätze in den USA verloren gingen. Erst durch das Eingreifen von Orrin G. Hatch (R-Utah), des Vorsitzenden des *Senate Finance Committee* und *Floor Manager* für die TPA-Vorlage, konnte die Blockade entschärft werden.

Im Repräsentantenhaus waren die Widerstände gegen die TPA ähnlich groß. Am 12. Juni sprach sich die Kammer zwar knapp mit 219:211 Stimmen für die Erneuerung des *Fast Track*-Mandats durch den Kongress aus (Titel I des „Trade Priorities and Accountability Act of 2015“), lehnte jedoch die mit der Gesetzesvorlage in Titel II verbundene *Trade Adjustment Assistance* (TAA) mit 126:302 Stimmen ab und fügte Präsident Obama damit eine empfindliche Niederlage zu. Erst nach Einschreiten von Paul D. Ryan (R-Wisconsin), dem Vorsitzenden des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus, und einer intensiven Überzeugungskampagne Präsident Obamas, gelang es am 25. Juni 2015 mit 286:138 Stimmen den Weg für die Erneuerung der TPA frei zu machen.

### **3. Kongress beschließt Reform der Sammlung von Telefonverbindungsdaten in den USA durch die *National Security Agency* (NSA)**

Der Kongress hat zwei Jahre nach Bekanntwerden der umfangreichen Überwachungsaktivitäten des Geheimdienstes NSA durch Edward Snowden (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 7-9, S. 8 ff.) eine gesetzgeberische Reform beschlossen, welche die Sammlung von Telefonverbindungsdaten, auch „metadata bulk collection“ oder „section 215 program“ genannt, einschränkt.

Der Senat stimmte am 2. Juni 2015 mit 67:32 Stimmen für den „USA Freedom Act of 2015“ (*House Resolution* 2048). Im Repräsentantenhaus war die Vorlage zur Beschränkung der Massenspeicherung von Telefonverbindungsdaten in den USA am 13. Mai 2015 mit 338:88 Stimmen verabschiedet worden. Präsident Obama hat den „USA Freedom Act“ noch am Tag der Verabschiedung durch den Senat unterzeichnet und der Entscheidung des Kongresses damit Gesetzeskraft verliehen (*Public Law* 114-23). Der Text des Gesetzes kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/bill/114th-congress/house-bill/2048/text/pl>.

#### Mit dem Gesetz

- beschränkt der Kongress erstmals seit Einführung des *Terrorist Surveillance Program* durch Präsident George W. Bush im Zuge der Terrorangriffe des 11. September



2001 die Überwachungsvollmachten des Geheimdienstes NSA mit Blick auf die Massenspeicherung von Telefonverbindungsdaten („including a city, a county, a zip code, or an area code“), die zukünftig nicht mehr bei der NSA, sondern bei den Telefongesellschaften liegen soll. Die beschlossene Reform soll zum 29. November 2015 (180 Tage nach Unterzeichnung des Gesetzes) in Kraft treten.

Kritiker der Massenspeicherung von Telefonverbindungsdaten durch die NSA sehen den Schutz der Privatsphäre, so wie er in der amerikanischen Verfassung im vierten Verfassungszusatz garantiert ist, in Gefahr und verlangen ein Ende der „exzessiven Überwachungsmaßnahmen“ durch die NSA (und die amerikanische Bundespolizei FBI). „This shadow of surveillance“, so mehr als 50 Bürgerrechtsorganisationen in einem offenen Brief an den Kongress im Dezember 2013, „chills freedom of speech, undermines confidence in U.S. internet companies, and runs afoul of the Constitution“.

Präsident Obama hatte Anfang 2014 selbst die Gefahr eines „government overreach“ eingeräumt. Kurz zuvor hatte eine von ihm eingesetzte *President’s Review Group on Intelligence and Communications Technologies* vor der Gefahr „übertriebener Überwachung“ gewarnt und sich dafür ausgesprochen, die Massenspeicherung von Telefondaten in den USA durch die NSA zu beenden (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 1-3, S. 7 ff.). Das Repräsentantenhaus hatte das aufgegriffen und sich im Mai 2014 für eine Reform ausgesprochen, ohne dass der Senat dem jedoch zum damaligen Zeitpunkt gefolgt war (vgl. Congress Report 29, 2014, Heft 4-7, S. 5 ff.).

Im Mai 2015 startete das Repräsentantenhaus dann unter Führung von Speaker John Boehner (R-Ohio) einen neuen Anlauf zur Reform von Abschnitt 215 des *PATRIOT Act*, auf dem die Massenspeicherung von Telefonverbindungsdaten durch die NSA bisher beruhte und dessen Bestimmungen zum 31. Mai ausliefen, beziehungsweise vom Kongress fortgeschrieben werden mussten. Dabei zeigte es sich, dass lediglich 47 Republikaner und 41 Demokraten in der 435 Abgeordnete umfassenden und von den Republikanern kontrollierten Kammer gegen eine Reform der Telefonüberwachung durch die NSA (und das FBI) waren. „I’m not ignorant to the threats we face“, erklärte der Republikaner Jim Sensenbrenner (Wisconsin) in diesem Zusammenhang, „but a clean reauthorization would be irresponsible“, und fügte hinzu: „Congress never intended Section 215 to allow bulk collection; that program is illegal and based on a blatant misinterpretation of the law“.

Was sich im Repräsentantenhaus im Großen und Ganzen als konsensfähig erwies, stieß im ebenfalls republikanisch kontrollierten Senat auf Widerstand. Einerseits wollte der republikanische Mehrheitsführer („Majority Leader“) Mitch McConnell (Kentucky) die auf Abschnitt 215 des *PATRIOT Act* beruhende „telephony meta-data surveillance“ durch die NSA fortgeführt sehen und brachte dazu entsprechend lautende Zusätze zum *USA Freedom Act* ein. Andererseits stemmte sich der libertäre Republikaner und Präsidentschaftsbewerber Rand Paul (Kentucky) gegen die Vorstellungen seiner Fraktionsführung. Ihm ging die Diskussion im Senat zur Beschränkung der Überwachungsvollmachten der NSA vollkommen in die falsche Richtung und auch die

vom Repräsentantenhaus verabschiedete Vorlage hielt er für nicht weitgehend genug.

„Are we going to so blithely give up our freedom“, fragte Senator Paul und fügte hinzu: „Are we going to so blindly go along and take it?“. Für ihn war die Antwort klar: „I’m not going to take it anymore and I don’t think the American people are going to take it anymore“. Im Wege des *Filibuster*, das nach der Geschäftsordnung des Senats einer Dreifünftel-Mehrheit bedarf, um beendet zu werden, gelang es dem Republikaner Paul eine Abstimmung über den *USA Freedom Act* bis zum 2. Juni 2015 hinauszuzögern.

Zu diesem Zeitpunkt war der Abschnitt 215 des *PATRIOT Act* bereits 36 Stunden ausgelaufen und damit auch die gesetzliche Grundlage für die Telefonüberwachung in den USA durch die NSA. CIA-Direktor John Brennan kritisierte das am 31. Mai 2015 öffentlich und bewies wenig Verständnis für die Debatten im Senat. „Unfortunately, I think there’s been a little too much political grandstanding and crusading for ideological causes“, so der Geheimdienstchef, der hinzufügte: „These tools (die der NSA, die Redaktion) are important to American lives“. Anderthalb Tage später schloss sich der Senat mit der deutlichen Mehrheit von 67:32 Stimmen der Vorlage des Repräsentantenhauses an, auch wenn damit eher ein Kompromiss als eine groß angelegte Reform der Überwachungsaktivitäten der NSA bezeichnet war. Senator Paul fühlte sich dennoch als Sieger. „The PARIOT Act will expire tonight“, erklärte er am 31. Mai 2015 triumphierend während einer *Cloture*-Abstimmung im Senatsplenum. Natürlich war ihm klar, dass seine *Filibuster*-Taktik nur eine aufschiebende und keine aufhebende Wirkung hatte. Dabei focht es den Senator nicht an, dass ihn einige seiner republikanischen Fraktionskollegen wie John McCain (Arizona) in den Debatten im Senatsplenum heftig angingen. „The senator from Kentucky needs to learn the rules of the Senate“, schrieb McCain Rand Paul ins Stammbuch. Dabei hatte dieser nur sein Recht des *Filibuster* bemüht, das freilich in der Regel von der Minderheit im Senat dazu eingesetzt wird, um Gesetzesvorlagen der Mehrheit zu blockieren und nicht die der eigenen Fraktionsführung. Nach drei erfolglosen Versuchen das *Filibuster* Rand Pauls mittels *Cloture Vote* zu beenden (wozu es 60 Stimmen bedarf), bewegte sich *Majority Leader Mitch McConnell* schließlich auf seinen Fraktionskollegen Rand Paul zu und gab seine ursprüngliche Ablehnung der Reform-Vorlage des Repräsentantenhauses auf.

Bürgerrechtsorganisationen wie die *American Civil Liberties Union* haben im Zusammenhang mit dem *USA Freedom Act* kritisch von „incremental improvements“ gesprochen, die mit Blick auf die Ausspähaktivitäten der NSA und den Schutz der Privatsphäre von amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern nicht weit genug gingen. Andere Organisationen wie die *Electronic Frontier Foundation* haben demgegenüber betont, dass im Rahmen des Gesetzes erstmals seit dem 11. September 2001 Beschränkungen der Ausspähaktivitäten der NSA in den USA beschlossen worden sind. Wie die neue so genannte „statutory language“ von der Exekutive freilich nach dem 29. November 2015 implementiert werden wird, bleibt abzuwarten. Hier wird es die Auf-

gabe der zuständigen *Intelligence* und *Judiciary Committees* im Kongress sein für die entsprechende parlamentarische Kontrolle zu sorgen.

#### **4. Bundes-Fernstraßen-Gesetz erneut mittels Überbrückungslösung verlängert**

Der Senat hat am 30. Juli 2015 erneut eine dreimonatige Verlängerung des ausgelaufenen Bundes-Fernstraßen-Gesetzes angenommen (Highway Bill). Das Überbrückungsgesetz, das bis Ende Oktober 2015 laufen soll, hat ein Volumen von 8 Mrd. USD.

Mit 91:4 Stimmen übernahm der Senat die vom Repräsentantenhaus zuvor angenommene kurzfristige Fortschreibung des Infrastruktur-Gesetzes. Seit Jahren sind die Versuche einer längerfristigen Novellierung des Gesetzes zur Finanzierung des *Highway Trust Fund* des Bundes an innerparteilichen Streitigkeiten um die generelle Ausrichtung der Infrastrukturpolitik gescheitert (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10/2014, S. 9).

Der Senat hatte sich zuvor um eine auf sechs Jahre angelegte Novelle des Programmes bemüht. Die zwischenparteiliche Kooperation insbesondere von Barbara Boxer (D-California) und *Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) schien zunächst beste Voraussetzungen für einen Erfolg zu gewährleisten.

Der Senat nahm die Vorlage, die ca. 350 Mrd. USD zur Sicherung der Ausgaben in den nächsten drei Jahren vorsah, mit 65:34 Stimmen an. Mehrheiten beider Parteien unterstützten den Gesetzentwurf.

Kompliziert wurden die Verhandlungen um einen Kompromiss mit dem Repräsentantenhaus nicht nur durch politische Differenzen in der Sache, sondern auch durch die Aufnahme einer Verlängerung der umstrittenen *Export-Import-Bank* in die Vorlage (siehe Punkt 5). Vor allem Präsident Barack Obama hatte auf diesem Zusatz bestanden.

Das Repräsentantenhaus verweigerte sich jedoch der Diskussion der Senats-Vorlage und verabschiedete sich in die Sommerpause. Die Lösung der Streitigkeiten um den Straßenbau sind damit auf die Sitzungsperiode des Kongresses im Herbst vertagt.

Präsident Obama kritisierte anlässlich der Unterzeichnung der Überbrückungslösung das Scheitern der Verhandlungen um eine längerfristige Finanzierung scharf.

Die weiteren Verhandlungen zwischen Senat und Repräsentantenhaus im Herbst 2015 stehen unter dem Vorbehalt der sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den republikanischen Bewerbern um die Nominierung für die anstehende Präsidentschaftswahl 2016.

Die Versuchung, den normalen Gesetzgebungsbetrieb durch spektakuläre Aktionen

oder Obstruktion für individuelle Zwecke zu instrumentalisieren, ist vor allem für die in den Vorwahlen antretenden Senatoren sehr groß.

## 5. Eskalation im Streit um *Export-Import Bank*

Der Streit innerhalb der republikanischen Kongressfraktionen um eine Fortschreibung der *Export-Import Bank* („ExIm Bank“), die Außenhandelsgeschäfte amerikanischer Firmen durch die Vergabe von Kreditbürgschaften absichert, eskalierte Ende Juli 2015 in einem offenen Schlagabtausch zwischen Senator Ted Cruz (R-Texas) und *Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky).

Ohne jede Rücksichtnahme auf die Gepflogenheiten der Kammer bezeichnete Senator Cruz in einer Rede im Senatsplenum den Fraktionsführer seiner Partei als „Lügner“, der ihn ungeachtet mehrfacher Nachfragen bewusst über Absprachen um eine Verlängerung des ausgelaufenen Mandats der „ExIm Bank“ getäuscht habe (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 8-10, S. 13).

Hintergrund der ungewöhnlich scharfen Auseinandersetzung ist die generelle Ablehnung der *Export-Import Bank* von rechtskonservativen Republikanern, die der *Tea Party*-Bewegung nahe stehen. Für sie ist die „ExIm Bank“ der Inbegriff von „crony capitalism“, also der Subventionierung der Geschäfte großer Unternehmen durch den Staat auf Kosten der Steuerzahler.

Dagegen sieht die Mehrheit der Republikaner wie der Demokraten im Kongress die Bank als geeignetes Instrument, um Exporte der USA, und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Senator Cruz, motiviert durch seine eigene Bewerbung um die Nominierung als Kandidat der Republikanischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 2016, hielt McConnell vor, die Reautorisierung der Bank über insgeheim abgesprochene Zusätze zur *Trade Promotion Authority* (TPA, siehe Punkt 2) oder zum *Highway Bill* (siehe Punkt 5) gegen den Willen der Fraktion durchsetzen zu wollen.

Allerdings strafte die Senatsfraktion den als harsch und unangemessen empfundenen Vorstoß von Cruz gegen den *Majority Leader* ab, in dem sie ihm jedwede Unterstützung für Änderungsanträge zu den jeweiligen Gesetzesvorhaben verweigerte.

## 6. Widerstand gegen Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers *Guantanamo* (GTMO) im Kongress nach wie vor groß

Im Kongress ist der Widerstand gegen die von Präsident Barack Obama seit sechseinhalb Jahren verlangte Schließung des umstrittenen Gefangenenlagers *Guantanamo*

Bay, das zum Symbol für eine Politik doppelter Standards der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus seit dem 11. September geworden ist, unverändert groß (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 4-7, S. 9 ff.).

Das Repräsentantenhaus hat sich am 15. Mai 2015 im Rahmen seiner Verabschiedung der Vorlage zum National Defense Authorization Act (NDAA) für das kommende Haushaltsjahr 2016 (House Resolution 1735), das rechnungstechnisch am 1. September 2015 beginnt, erneut strikt gegen die Schließung des Gefangenenlagers in der United States Naval Station, Guantanamo Bay (GTMO), Kuba, ausgesprochen. Der Senat hat am 18. Juni 2015 im Rahmen der Verabschiedung seiner Vorlage zur NDAA 2016 (S. 1376) ebenfalls gegen die Überstellung von Gefangenen aus GTMO in die USA votiert (mit Ausnahme der Behandlung medizinischer Notfälle, so genannter „emergency or critical medical treatments“).

Im Rahmen der „Defense Authorization“ (Verteidigungsgenehmigung) entscheidet der Kongress jährlich im Rahmen seiner ihm über die Verfassung verliehenen „Power of the Purse“ (Art. I, Absatz 8) zunächst der Sache nach über alle die Verteidigung betreffenden Sachbereiche. Über die tatsächliche Ausgabenhöhe wird dann im Rahmen der „Defense Appropriation“ (Verteidigungsbewilligung) entschieden. Dabei entscheiden beide Kammern, Repräsentantenhaus und Senat, zunächst unabhängig voneinander über ihre jeweiligen Genehmigungs-/Bewilligungsgesetzentwürfe, bevor dann eine Synchronisierung in den Vermittlungsausschüssen und abschließende Voten zur jeweiligen Beschlussvorlage erfolgen.

Das Repräsentantenhaus hat im Rahmen seines Entwurfs zum NDAA 2016 (H.R. 1735) u.a. im Einzelnen beschlossen,

- den Bau oder Umbau von Gefängnissen innerhalb der USA zum Zwecke der Aufnahme von Personen („unprivileged enemy belligerents“), die sich derzeit in GTMO befinden, zu verbieten (Abschnitt 1031 der Vorlage des Repräsentantenhauses zum NDAA 2016);
- jede Überstellung von Gefangenen aus GTMO in die USA grundsätzlich allen amerikanischen Bundesbehörden für weitere zwei Jahre zu untersagen (Abschnitte 1036 und 1037);
- keine Überstellung von Gefangenen aus GTMO in andere Länder zu erlauben (Abschnitt 1039). Der Verteidigungsminister müsste Anträge auf eine Ausnahmegenehmigung („national security waiver“) dem Kongress 30 Tage im Voraus vorlegen. Allerdings dürften diese *Waiver* nicht für jene Personengruppe beantragt werden, „that have been determinend or assessed to be a detainee referred for prosecution, a detainee approved for detention, or a detainee approved for conditional detention by the Guantanamo Review Task Force established pursuant to Executive Order 13492“ (Abschnitt 1039);



- jeden Transfer von Gefangenen aus GTMO in den Jemen, nach Bahrain, den Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, die Arabischen Emirate, Afghanistan, Pakistan, Jordanien, Somalia, die Türkei, Ägypten, den Kosovo und die Philippinen zu verbieten.

Der Senat hat im Rahmen seiner Vorlage zur NDDA 2016 (S. 1376) u.a.

- ebenfalls das Verbot des Transfers von Gefangenen aus GTMO in die USA unterstrichen (Abschnitt 1032). Allerdings würde der Verteidigungsminister in Abschnitt 1032 (g) der Vorlage dazu verpflichtet, einen umfassenden Plan zur Schließung von GTMO vorzulegen. Dieser Plan soll detaillierte Angaben zu den möglichen Gefängnissen in den USA enthalten, in die die Gefangenen aus GTMO überstellt würden sowie die damit verbundenen Kosten. Der Kongress würde dann nach den Vorstellungen des Senats, der ebenfalls von den Republikanern kontrolliert wird (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 11-12, S. 14 ff.), im Rahmen einer „Joint Resolution“ über die Annahme des Schließungsplanes entscheiden.

Der Gedanke geht auf Senator John McCain (R-Arizona), den Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat, zurück, der sich mit dem Schließungspassus gegenüber anderen Mitgliedern seiner Fraktion wie Ted Cruz (R-Texas) oder James Inhofe (R-Oklahoma) durchsetzen konnte, die eine Schließung von GTMO kategorisch ablehnen. „The President asked me over to the White House. I didn’t request to come to the White House“, so McCain, der hinzufügte: „They invited me over there about the issue of detainees; I said give us a plan“.

Freilich müssen Senat und Repräsentantenhaus ihre Vorlagen zum Umgang mit GTMO noch im Wege des Kompromisses im Vermittlungsausschuss abgleichen und es bleibt abzuwarten, ob der vom Senat ins Spiel gebrachte Schließungsplan in der schlussendlichen gemeinsamen Abstimmungsvorlage Bestand haben wird.

Die Obama-Administration hat in einem „Statement of Administration Policy“ Anfang Juni 2015 ein Veto gegen den National Defense Authorization Act für das Haushaltsjahr 2016 angedroht. „The bill (...) contains unwarranted restrictions, and imposes onerous additional ones, regarding detainees at Guantanamo Bay“, heißt es dort. „As the Administration has said many times before“, heißt es weiter, „operating this facility weakens our national security by draining resources, damaging our relationship with key allies and partners and emboldening violent extremists“. Der Wortlaut des 10 Seiten umfassenden Statement of Administration Policy („S. 1376 – National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2016“) ist verfügbar unter: [https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/omb/legislative/sap/114/saps1376s\\_20150602.pdf](https://www.whitehouse.gov/sites/default/files/omb/legislative/sap/114/saps1376s_20150602.pdf).

Präsident Obama hatte die Schließung des Gefangenenlagers in *Guantanamo Bay* sofort nach seinem Einzug ins Weiße Haus im Januar 2009 zur Chefsache erklärt, war aber sofort auf den Widerstand des Kongresses gestoßen, der sich weigerte, Mittel für Obamas GTMO-Pläne zur Verfügung zu stellen (vgl. Congress Report, 24, 2009, Heft



9-10, S. 9). Das äußerst umstrittene Gefangenenlager war 2002 unter Obamas Amtsvorgänger George W. Bush eingerichtet worden, der dort anfänglich bis zu 780 *Detainees* festhalten ließ. Obama begründete seine Schließungspläne in seinem ersten Amtsjahr folgendermaßen: „Rather than keeping us safer“, so der 44. Präsident der USA, „the prison at Guantanamo has weakened American national security. It is a rallying cry for our enemies. It sets back the willingness of our allies to work with us in fighting an enemy that operates in scores of countries“. Die USA müssten zu einer Außen- und Sicherheitspolitik zurückfinden, welche die demokratischen Werte und Ideale, für die das Land steht, auch in Zeiten nationaler Bedrohung schützt und transportiert.

Den Kongress focht das nicht an. Wieder und wieder verweigerte er dem Präsidenten während seiner mittlerweile sechseinhalb Jahre dauernden Amtszeit die Mittel zur Schließung des Gefangenenlagers und das, obwohl dessen Aufrechterhaltung mittlerweile fast eine halbe Milliarde USD jährlich verschlingt, ganz zu schweigen vom verheerenden symbolischen Schaden für die Glaubwürdigkeit amerikanischer Außenpolitik, der von dem Gefangenenlager ausgeht.

Derzeit sind in GTMO noch 116 Gefangene untergebracht, von denen der überwiegende Teil, nämlich 99 Gefangene, seit mehr als 10 Jahren ohne rechtsstaatliches Verfahren festgehalten werden. Zu Beginn der Präsidentschaft Obamas befanden sich 231 Gefangene in Guantanamo Bay. Obama hatte nach seiner Wiederwahl 2013 bekräftigt, dass er GTMO schließen möchte, da das Gefangenenlager „has become a symbol around the world for an America that flouts the rule of law“. Es entspreche weder den amerikanischen Werten noch den Rechtstraditionen der USA Menschen außerhalb der eigenen Landesgrenzen auf unbestimmte Zeit festzuhalten.

Im Juli 2015 hat im Weißen Haus ein „Principals Committee Meeting“ stattgefunden, bei dem die für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Kabinettsmitglieder der Obama-Administration noch einmal Möglichkeiten der Schließung Guantanamos in den verbleibenden 18 Monaten der Amtszeit Präsident Obamas ausgelotet haben. Die Schließung des Gefangenenlagers habe unverändert höchste Priorität für den Präsidenten. „This is a goal that the entire national security team is working together to fulfill – from the White House to the Departments of Defense, State and Justice as well as the intelligence community“, hieß es wörtlich aus dem Weißen Haus. Allerdings wurde nicht ganz klar, wie die nächsten Schritte zur Schließung des Gefangenenlagers im Angesicht des Widerstands im Kongress aussehen könnten.

Zwischen November 2014 und Januar 2015 waren gut zwei Dutzend *Detainees* aus GTMO entlassen worden. Das alles geschah noch unter der Ägide von Verteidigungsminister Chuck Hagel. Sein Nachfolger Ashton Carter (vgl. Congress Report, 30, 2015, Heft 1-4, S. 15 f.) hat der amerikanischen Öffentlichkeit noch keinen Plan für die Entlassung weiterer Gefangener aus GTMO vorgestellt. Die Obama-Administration möchte zunächst 51 der noch 116 *Detainees* entlassen, darunter 43 Staatsbürger des Jemen, die auf Grund der prekären Sicherheitssituation dort wohl nur

in Drittländer entlassen werden könnten.

Allerdings lassen das die Beschlussvorlagen des Kongresses zum NDAA 2016 ausdrücklich nicht zu. Bleibt abzuwarten, ob Präsident Obama seine Vetodrohung wahrmacht und sich auf ein direktes Kräftemessen mit dem Kongress im Umgang mit Guantanamo einlässt. Viel Zeit dazu bleibt ihm nicht mehr, da seine Präsidentschaft bekanntlich im Januar 2017 ausläuft, und er sich im Präsidentschaftswahljahr 2016 erfahrungsgemäß in einer direkten Machtprobe mit dem Kongress zu Guantanamo schwer tun dürfte. Zu groß wäre wahrscheinlich die politische Flanke, die er zu Lasten der demokratischen Bewerber um die Präsidentschaft öffnen würde.

### **7. Senat bekräftigt Folterverbot gemäß *Army Field Manual***

Der Senat hat am 16. Juni 2015 im Rahmen seiner Verabschiedung der Vorlage zum *National Defense Authorization Act* (NDAA) für das Haushaltsjahr 2016 (vgl. Punkt 7) das Folterverbot gemäß *Army Field Manual* des Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2006 unterstrichen. Die Entscheidung, die auf eine Initiative von Senator John McCain (R-Arizona), den Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Senat zurückgeht, wurde mit 78:21 Stimmen getroffen.

Für den Zusatz zum NDAA 2016 hatten sich neben Senator McCain die Demokratin Dianne Feinstein (California), die Republikanerin Susan Collins (Maine) sowie der Demokrat Jack Reed (Rhode Island) stark gemacht. Schlussendlich sprachen sich 32 Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion im Senat des 114. Kongresses sowie alle 44 Mitglieder der demokratischen Fraktion und zwei unabhängige Senatoren für das Folterverbot aus. 21 Republikaner votierten gegen den McCain-Feinstein-Zusatz zum NDAA 2016 (*Senate Amendment 1889*). Er kann unter <https://www.congress.gov/amendment/114th-congress/senate-amendment/1889/text> eingesehen werden.

#### Der Zusatz,

- bestätigt das Folterverbot auf der Grundlage des *Army Field Manual* (AFM) 2-22.3, der im Jahr 2006 vom amerikanischen Verteidigungsministerium erlassen wurde;
- verpflichtet den Verteidigungsminister in Abstimmung mit dem Justizminister, dem Chef der Bundespolizei FBI und dem „Director of National Intelligence“ dem Kongress regelmäßig darüber Bericht zu erstatten „that Army Field Manual 2-22.3 complies with the legal obligations of the United States and reflects current, evidence-based, best practices for interrogation that are designed to elicit reliable and voluntary statements and do not involve the use or threat of force.“
- unterstreicht das Recht des sofortigen Zugangs des Internationalen Roten Kreuzes zu allen Gefangenen („any individual detained in any armed conflict in the custody or

under the effective control of an officer, employee, contractor, subcontractor, or any other agent of the United States government“).

Das Verteidigungsministerium hatte nach Verabschiedung des „Detainee Treatment Act“ 2005 (vgl. Congress Report 20, 2005, Heft 11-12, S. 2 ff.), der ebenfalls auf eine Initiative von Senator McCain zurückgeht, im darauffolgenden Jahr den Army Field Manual überarbeitet (FM 2-22.3, einzusehen unter <http://fas.org/irp/doddir/army/fm2-22-3.pdf>). Dort heißt es unter Absatz 5-74: „Use of torture is not only illegal but also it is a poor technique that yields unreliable results, may damage subsequent collection efforts, and can induce the source to say what he thinks the HUMINT (Human Intelligence, die Readktion) collector wants to hear“.

Im nächsten Absatz 5-75 des AFM werden eine Reihe von Handlungen bezeichnet, die der Militärstrafgerichtsbarkeit unterliegen. Dazu zählen:

- „Forcing the detainee to be naked, perform sexual acts, or pose in a sexual manner;
- Pacing hoods or sacks over the head of a detainee;
- Using duct tape over his eyes;
- Applying beatings, electric shock, burns, or other forms of physical pain;
- ‘Waterboarding’;
- Using military working dogs;
- Inducing hypothermia or heat injury;
- Conducting mock executions;
- Depriving the detainee of necessary food, water, or medical care.“

Der Senat hat nun mit dem McCain/Feinstein-Zusatz den AFM ausdrücklich unterstrichen. „I believe past interrogation policies compromised our values, stained our national honor and did little practical good“, begründete Senator McCain, der als Kriegsgefangener im Vietnam-Krieg gefoltert worden war, die Initiative und führte weiter aus: „This amendment provides greater assurances that never again will the United States follow that dark path of sacrificing our values for our short-term security needs“.

Die Senatsentscheidung steht im Zusammenhang mit einem Untersuchungsbericht des Geheimdienstausschusses des Senats zu Folterpraktiken der CIA während der Präsidentschaft George W. Bushs, der im Dezember 2014 veröffentlicht wurde (vgl. Congress Report, 29, 2014, Heft 11-12, S. 8 ff., einzusehen unter <http://fas.org/irp/cong->

[ress/2014\\_rpt/ssci-rdi.pdf](#)). Dabei war der Kongress in die Irre geführt worden. Auch hatte sich gezeigt, dass die CIA vollkommen unvorbereitet auf die ihr 2001/2002 zugewiesenen „Counterterrorism Authorities“ war und dass ein weitgehendes *Outsourcing* des Folterprogrammes der CIA stattgefunden hatte, bei dem externe Psychologen eine tragende Rolle spielten.

In diesem Zusammenhang ist ein Untersuchungsbericht der *American Psychological Association* (APA) veröffentlicht worden. Er trägt den Titel „Independent Review Relating to APA Ethics Guidelines, National Security Interrogations, and Torture“, umfasst 542 Seiten und kann unter <http://www.apa.org/independent-review/APA-FINAL-Report-7.2.15.pdf> eingesehen werden. In dem Untersuchungsbericht kommt die APA zu dem Schluss, „...that current and former APA officials had very substantial interactions with the CIA in the 2001 to 2004 time period, including on topics relating to interrogations, and were motivated to curry favor with the CIA ...“ (S. 10).

## **8. Republikaner fordern Mittelstreichung für *Planned Parenthood***

Die republikanischen Kongressfraktionen haben im Juli 2015 versucht, die staatlichen Fördermittel für „Planned Parenthood“ durch eine speziell auf diese Organisation zielende Gesetzesvorlage generell zu streichen.

Die *Planned Parenthood Federation of America* (PP) ist eine gemeinnützige Vereinigung, die vor allem im Bereich der Sexual- und Reproduktionsmedizin kostenlose Dienstleistungen anbietet. Neben vielen anderen Diensten wie Vorsorgeuntersuchungen und der Behandlung von Geschlechtskrankheiten werden auch Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen.

Als bundesweiter Anbieter von Abtreibungen ist PP bereits in früheren Jahren häufig von konservativen Republikanern und *Pro Life*-Gruppen, die gegen das Abtreibungsrecht mobilisieren, scharf kritisiert worden.

Eine Serie von Undercover-Videos einer radikalen Gruppe von Abtreibungsgegnern unter dem Namen „Center for Medical Progress“ hat die Debatte erneut angefacht. Die in den letzten Wochen veröffentlichten Videos zeigen Mitglieder der Gruppe, die als Vertreter privater medizinischer Forschungsunternehmen mit Mitarbeitern von PP über „den Kauf“ von Gewebeteilen und Organen abgetriebener Föten verhandeln.

PP vermittelt auf individueller Basis freiwillige Gewebespenden an medizinische Forschungseinrichtungen und erhebt hierfür geringfügige Gebühren zur Abdeckung der Kosten von Lagerung und Auslieferung. Der kommerzielle Handel ist in den USA gesetzlich untersagt.

Die Videos zeigen wiederholte Versuche der Aktivisten, die PP-Mitarbeiter mit höheren als den geforderten Zahlungen zu locken und zu besonderen Leistungen zu veran-

lassen. Diese Versuche schlugen durchgängig fehl. Mittlerweile haben auch staatsanwaltliche Untersuchungen bestätigt, dass sich PP völlig gesetzeskonform verhalten hat.

Dennoch wurde vor allem in konservativen Medien wie *Fox News* schnell der Vorwurf erhoben, PP schlüge „Profit aus dem Handel mit Baby-Teilen“. Republikanische Politiker, vor allem die Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Partei, griffen die vermeintlichen Gräueltaten von *Planned Parenthood* schnell auf.

Im Senat brachten die Republikaner unter Führung Joni Ernst (Iowa) und Rand Paul (Kentucky) eine Gesetzesvorlage ein, die die Fördergelder des Bundes von gegenwärtig 528 Millionen USD jährlich streichen soll.

Die Demokraten wandten sich gegen die Vorlage. Sie hoben hervor, dass die Fördermittel ausschließlich für die Gesundheitsvorsorge und entsprechende Behandlungen zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung von Schwangerschaftsunterbrechungen durch Bundesmittel ist grundsätzlich nicht erlaubt.

Der Vorstoß der Republikaner, die Vorlage im Senat zur Abstimmung zu bringen, scheiterte an einem *Filibuster* der Demokraten. Das Ende der Debatte und die Abstimmung über einen Gesetzesentwurf kann unter der Geschäftsordnung des Senats nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 60 Stimmen („Cloture“) erzwungen werden.

Für ein Ende der Debatte stimmten 53 Senatoren, darunter zwei Demokraten, dagegen 46 Senatoren, darunter ein Republikaner.

Damit ist der Streit um die Finanzierung von *Planned Parenthood* jedoch keineswegs zu Ende. Nach der Sommerpause wollen die Republikaner weitere Schritte gegen PP unternehmen, unter anderem im Rahmen der Haushaltsverhandlungen.

Eine Reihe von Republikanern wie Senator Ted Cruz (Texas), einer der Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat, fordern sogar, dass gegebenenfalls ein erneuter *Government Shutdown*, die Schließung aller nicht sicherheitsrelevanten Bundesbehörden, riskiert werden sollte (vgl. Congress Report, 28, 2013, Heft 10-12, S. 1).

Majority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) wies solche Forderungen entschlossen zurück. Nach den Erfahrungen vom Herbst 2013, die in einem PR-Desaster für die Partei geendet hatte, wird ein solches Vorgehen von den meisten Republikanern abgelehnt.

Im Sog des republikanischen Präsidentschaftsvorwahlkampfes, der bereits in vollem Gange ist, stehen die Zeichen auf fortgesetzte Konfrontation im Kongress.



## 9. Rechter Flügel der republikanischen Fraktion attackiert erneut *Speaker* Boehner

Nur einen Tag vor Beginn der Sommerpause hat der Abgeordnete Mark Meadows (R-North Carolina) überraschend einen Antrag auf Abwahl von *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) eingebracht. Der Antrag („motion to vacate the chair“), der als privilegierte Resolution normalerweise binnen 48 Stunden zur Abstimmung gebracht werden muss, konfrontiert *Speaker* Boehner erneut mit einer Herausforderung vom rechten Flügel seiner Fraktion.

Mark Meadows Resolution hält Boehner eine autokratische Amtsführung vor, die die Abgeordneten in ihrer Gewissensfreiheit einschränken und die Verpflichtung auf den Willen und Interessen ihrer Wahlkreise untergraben würde.

Zu den spezifischen Kritikpunkten gehören insbesondere die zu kurze Zeit für die Begutachtung von Gesetzesvorlagen und die gezielte Herbeiführung von „Krisensituationen“, die den Abgeordneten angesichts der drohenden Konsequenzen keine Alternativen bei der Beratung von Gesetzen lasse.

Solche Vorhaltungen mögen auf den ersten Blick wie hilflose Proteste gegen die üblichen Manöver parlamentarischer Geschäftsführung anmuten, die auf eine ergebnisorientierte Lenkung des Gesetzgebungsprozesses zielen. Doch die Kritik umreißt scharf den Konflikt zwischen der republikanischen Parteiführung und der rebellischen Minderheit am rechten Rand der Fraktion im Repräsentantenhaus.

Meadows, der Vorsitzender des „House Freedom Caucus“, einem der *Tea Party*-Bewegung nahe stehenden Zusammenschluss republikanischer Abgeordneter ist, personifiziert diese Konfliktkonstellation.

Meadows gehört zu den 25 Abgeordneten, die zu Beginn des 114. Kongresses gegen die Wiederwahl von John Boehner als *Speaker* des Repräsentantenhauses gestimmt hatten. Der Abgeordnete hat zudem mit zwischen 25 und 50 seiner Kollegen der Fraktionsführung in wichtigen Abstimmungen (wie jene über die *Trade Promotion Authority* (TPA) im Kontext des Freihandelsabkommens TTIP oder über die *Export-Import Bank*) die Gefolgschaft versagt.

*Speaker* Boehner hat daraufhin Meadows zur zentralen Figur seiner Vergeltungsaktionen gegen die Abweichler gemacht. Formal erfolgten die Sanktionen aufgrund der fehlenden Unterstützung für die Geschäftsordnungs-Resolutionen der Parteiführung und die Nichtbegleichung von Abgaben an die Fraktionsorganisationen.

Meadows Entbindung vom Vorsitz eines Unterausschusses des *House Oversight and Government Reform Committee* durch dessen Vorsitzenden Jason E. Chaffetz (R-Utah) galt als klares Warnzeichen an die Rebellen in der Fraktion. Den rechten Rebellen ge-



lang es zwar im Rückgriff auf die Geschäftsordnung des Ausschusses, Meadows Wiedereinsetzung in die Position des Unterausschussvorsitzenden zu erzwingen. Aber damit ist der zugrunde liegende Konflikt um mehr Einfluss in strittigen politischen Fragen keineswegs beigelegt.

Die von Meadows eingebrachte Resolution verzichtete auf eine Privilegierung unter der Geschäftsordnung und eine automatische Abstimmung innerhalb von zwei Tagen. Dies sollte, so die bekundete Absicht, ein Zeichen zur Gesprächsbereitschaft setzen.

Dagegen verwies die Fraktionsführung um *Speaker* Boehner darauf, dass es kaum zu erwarten sei, dass Boehner eine solche „Misstrauens-Abstimmung“ verlieren würde. Diese Einschätzung wird selbst von Mitgliedern der Gruppe der Abweichler geteilt.

Entscheidend ist aber, dass damit der Konflikt zwischen der Fraktionsführung und der Gruppe der *Tea Party* nahen Abgeordneten ungelöst bleibt. Die eigentliche Drohung ist dabei nicht die einer Mehrheit gegen den *Speaker*. Vielmehr drohen die parteiinternen Gegner damit, die Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorhaben zu verhindern.

Angesichts der im bereits angelaufenen Vorwahlkampf um die Nominierung des Kandidaten der Partei für die Präsidentschaftswahlen 2016 deutlich zu Tage tretenden Stimmung gegen das „Washingtoner Establishment“ generell und insbesondere gegen das „Establishment der Republikanischen Partei“, deutet sich eine Konfliktverschärfung in der Sitzungsperiode im Herbst 2015 an.

*Speaker* Boehner und der *Majority Leader* im Senat, Mitch McConnell (R-Kentucky), hatten eigentlich für die anstehenden Beschlüsse über den Haushalt, die Bundesverschuldung und andere wichtige Gesetzesprojekte einen ruhigen und reibungsarmen Vorlauf – auch mit Blick auf das kommende Präsidentschaftswahljahr – geplant.



**Congress Report, ISSN 0935-7246**

**Redaktion**

Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Beirat**

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

**Herausgeber**

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

**Politikwissenschaft II**

Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/  
publikation/congress-report](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikation/congress-report)